

litärausgaben, die Einrichtung eines globalen *Fonds für menschliche Sicherheit*, dem zum einen eben die Friedensdividende zugute kommen sollte, der zum anderen aber auch durch Steuern auf internationales Spekulationskapital oder eine Globalsteuer auf Energie finanziert werden könnte.

Neben der Errichtung eines „stärker integrierten und leistungsfähigeren UN-Entwicklungssystems“ schrieb der UNDP-Bericht zudem die Schaffung eines *UN-Wirtschafts-Sicherheitsrat* auf die Kopenhagener Tagesordnung.

Der konkreteste UNDP-Vorschlag, zu dessen Anwalt sich das NRO-Forum ausdrücklich erklärt hat, der jedoch bis zum Schluß keinen Eingang in die Dokuments-Entwürfe fand, ist der sogenannte „20-20-Vertrag“. Hinter der kurzen Formel verbirgt sich die Selbstverpflichtung der Geberländer, 20 Prozent ihrer Entwicklungshilfe für die menschliche Grundversorgung auszugeben, sowie die der Empfängerstaaten, 20 Prozent ihres nationalen Haushaltes in eben diese Bereiche, etwa dem elementarer Bildungsangebote, der Grundgesundheitsvorsorge u. ä. m. zu investieren.

Während jedoch die Vertreter der afrikanischen Staaten einen solchen Vertrag begrüßen würden, kam bereits massiver Protest von asiatischer Seite: dort betrachtet man einen solchen „20-20-Vertrag“ als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten. Aber auch bei den Geberländern stößt der Vorschlag nicht auf helle Begeisterung. Aus Bonn ließ man immerhin „kritisches Wohlwollen“ verlauten. Gleichviel was aus diesem wie auch den anderen Vorschlägen wird (über Verlauf und Ergebnis des Weltsozialgipfels berichten wir ausführlich in einer der nächsten Nummern) – entscheidend bleibt in jedem Fall das Versprechen des NRO-Forums, die hoffentlich möglichst konkreten und praktischen Ergebnisse von Kopenhagen einzuklagen und dafür zu sorgen, daß der Gipfel nicht Endpunkt, sondern Auftakt einer weiteren Entwicklung zu weltweitem sozialen Frieden wird. fo

Italien: Vor einer Neuformation der politischen Kräfte?

In Italien hat sich in den letzten drei Monaten weit mehr ereignet als eine der bislang üblichen periodischen Regierungskrisen. Die Kandidatur Romano Prodis als möglicher Premier der Linken Mitte, der Auflösungsprozeß unter den Popolari, der Nachfolgepartei der Democrazia Cristiana, und die Abspaltungen und Rückzüge in der Lega Nord signalisieren eine neue Etappe.

Der Rücktritt des Forza Italia-Chefs *Silvio Berlusconi* als Ministerpräsident und die ungemein mühsame Ablösung der ehemaligen Rechtskoalition aus Forza Italia, Lega Nord und Nationaler Allianz durch ein von vornherein als Übergangsregierung gedachtes Expertenkabinett unter der Führung von *Berlusconi*s Haushaltsminister und ehemaligem Gouverneur der Nationalbank, *Lamberto Dini*, war wenn schon nicht der Auslöser, so doch der entscheidende Beschleuniger für alles, was dem Regierungsrücktritt folgte.

Von der alten, „ersten“ Republik ist nicht viel mehr geblieben als der Verfassungsrahmen, eine halbwegs intakte öffentliche Verwaltung und – das wohl Entscheidende – die seltsam bekannten, wild anarchischen Verhaltensweisen der politischen Akteure, die unter den das alte Parteiensystem mit der DC als bestimmender Mitte ablösenden politischen Kräften nur noch etwas wilder geworden sind. Die Konturen einer „zweiten“ Republik, die mehr Stabilität verheißen soll, müssen aber erst noch Gestalt annehmen.

Mit einiger Wahrscheinlichkeit vorausagen läßt sich zur Zeit nur soviel: Die italienischen Wähler werden bald wieder an die Urnen gerufen werden. Für den 23. April sind Regionalwahlen angekündigt, die nach einem gegenüber bisher leicht modifizierten Wahlrecht vor sich gehen werden. Im Juni, spätestens im Herbst, dürften dann Parlamentswahlen folgen, vermutlich ohne daß es bis dahin zu einer weiteren Wahlrechtsänderung (Mehrheits-

wahlrecht mit zwei Wahlgängen) gegenüber dem zur Zeit geltenden Mischmodus (drei Viertel der Sitze durch Direktwahl, ein Viertel der Sitze nach dem Verhältniswahlrecht) kommen wird.

Dem Kabinett Dini bleibt nicht viel Zeit

Dem Expertenkabinett *Lamberto Dini* wird nicht viel Zeit bleiben, um das Haushaltsdefizit und die Staatsverschuldung (von rund 130 Prozent des BSP) wenigstens so weit in den Griff zu bekommen, daß die internationale Kredit- und politische Glaubwürdigkeit des Landes erhalten bleibt und dieses nicht vollends um die Früchte des gegenwärtigen weltweiten Wirtschaftsaufschwungs gebracht wird, an dem auch Italien mit rund drei Prozent Wachstum Anteil hat.

An zwei Fronten ist allerdings allein bereits mit dem Regierungswechsel eine gewisse Beruhigung eingetreten. Außenpolitisch kehrt Italien unter *Dini* zu seinem klassischen kooperativen Stil zurück. Versuche nationalen Auftrumpfens (unter dem Einfluß vor allem alt- und postfaschistischer Kreise) sind einstweilen Episode geblieben. Die neue Außenministerin, *Susanna Agnelli*, eine Schwester des Fiat-Chefs *Giovanni Agnelli*, bringt als eine auch in den Außenbeziehungen erfahrene Politikerin das nötige Vertrauenskapital vor allem für die europäischen Part-

ner mit ins Amt. Dini selbst, der als ehemaliger Gouverneur der Nationalbank über beträchtliches internationales Ansehen verfügt, wird im Gegensatz zur politischen Hektik der Berlusconi-Zeit eine ruhige Hand zugetraut. Auch besteht einige Hoffnung, daß er für die notwendigsten finanzpolitischen Maßnahmen mit den sie begleitenden unvermeidlichen Steuererhöhungen und Einschnitten in die Sozialleistungen die nötige Kompromißbereitschaft bei Arbeitgebern und Gewerkschaften zu wecken versteht.

Aber die Regierung Dini muß vor dem Hintergrund völlig ungesicherter Mehrheitsverhältnisse in Senat und Abgeordnetenkammer agieren, wo zur Zeit so gut wie keine politische Kraft ihre Reihen auch nur einigermaßen geschlossen halten kann. Zudem muß über die finanzpolitischen Maßnahmen hinaus vor allem ein Ziel erreicht werden, wenn der nächste Wahlkampf nicht wieder zu einer Medienschlacht mit völlig ungleichen Mitteln führen und dadurch das innenpolitische Klima weiter vergiftet werden soll. Das Schlagwort heißt „par condicio“ – Waffengleichheit für die politischen Konkurrenten. Aber solche Waffengleichheit würde in Italien eine weitgehende Teileignung des Medien-Industriellen Berlusconi zur Voraussetzung haben. Es ist noch nicht zu sehen, wie dieses Unterfangen gelingen soll.

Parteien: Transformationen, Spaltungen und Auflösungen

Was die Handlungsfähigkeit des gegenwärtigen Expertenkabinetts betrifft, so zeigten allerdings erste Abstimmungen, daß in Sachfragen breitere Mehrheiten möglich sind, als die sehr knappe Abstimmung über die Vertrauensfrage nach der Regierungsbildung vermuten ließ, und daß die tragenden Mehrheiten für das Kabinett aus dem Linksspektrum kommen, aber weit in die Mitte, auch in die Reihen von Forza Italia hineinreichen, aus deren Sympathisantenkreis Dini bekanntlich selbst kommt.

Während sich dem Expertenkabinett so wenigstens eine Chance eröffnet, dem Haushaltschaos Einhalt zu gebieten und die notwendigen Finanzreformen durchzusetzen, zeichnet sich nach dem Ende der Berlusconi-Regierung in fast der gesamten politischen Landschaft des Landes neue Bewegung ab. Noch ist völlig offen, ob es gelingt, das allenthalben heftig formulierte Wunschziel einer „democrazia compiuta“, einer vollendeten bzw. vollgültigen und gereiften Demokratie zu erreichen. Aber die Zeichen dafür, daß man aus einer Situation ständiger Regierungswechsel ohne Machtwechsel herauskommen und die Grundlagen für einen funktionierenden Machtwechsel schaffen will, werden stärker. Es sieht so aus, als ob zum ersten Mal nach der Auflösung des alten Parteiensystems ein *rechtes* und ein *linkes* Lager entstünde, von denen wenigstens der Tendenz nach *beide* politische Mehrheiten zu organisieren in der Lage sind und dadurch mehr Machtkontrolle durch Machtwechsel erreichen könnten.

Mit dem Verschwinden der alten Mitte verstärkt sich der Zwang zur Mitte in den rechten und linken Feldern (vgl. HK, September 1994, 448 f.). Zeitlich ist der Ablauf allerdings etwas anders. Insofern könnte mit dem gleichen Recht gesagt werden, der – nicht durchgehend gleich ausgeprägte – Drang von links und rechts zur Mitte hin treibt die alte Mitte endgültig in ihre Auflösung und die neue verteilt sich auf unterschiedliche Lager.

Begonnen hat es auf der linken Seite. Das Ende des Sowjetkommunismus zwang die eurokommunistische KPI Enrico Berlinguers und seiner Nachfolger zur „Sozialdemokratisierung“, konkret zur Bejahung, dann Identifizierung mit westlicher Demokratie und marktwirtschaftlichen Ordnungsformen.

Gleichzeitig kam ein gewaltiger populistischer Schub aus der rechten Mitte. Die Lega Nord des Lombarden *Umberto Bossi* mit ihren wohlstands-egoistisch motivierten Ressentiments gegen den Süden und das römische Klientelwesen und ihrer zeitweise

sezessionistischen Rhetorik machte große Teile des unter der Steuerlast und öffentlicher Verschwendung stöhnenden mittleren und Kleinbürgertums den christlichen Demokraten und ihren „laikalen“ Bündnispartnern abspenstig.

Das Experiment *Berlusconi* gab Realpolitikern in den Reihen der Alt- und Neufaschisten aus dem alten MSI die Chance, sich politisch zu häuten, demokratische Bekenntnisse abzulegen, ihre nationalistische Rhetorik wenigstens im Prinzip zu mildern und sich gegenüber den unter generellem Korruptionsverdacht stehenden Parteien der früheren Mitte-Links-Koalition in Gestalt einer neuen „Alleanza Nazionale“ als unbelastete, saubere patriotische Gruppierung zu empfehlen – mit beachtlichem Erfolg, wie sich bald zeigen sollte.

Brachen die alte DC und deren traditionelle Bündnispartner (allen voran die Sozialisten *Bettino Craxi*) unter den Schlägen der Antikorruptionsjustiz zusammen und profitierten die Alt- und Neufaschisten rechts und links vor allem *davon*, so geht das italienische Parteiensystem jetzt durch eine zweite Serie von Transformationen und Spaltungen. Diese zweite Serie betrifft vor allem die in den letzten Jahren entstandenen Übergangsgruppierungen und das, was von den Altparteien als deren Stammwählerschaft noch übrig geblieben ist.

Das gemessen an der Zahl seiner Parlamentarier bedeutendste Opfer: die Lega *Umberto Bossi*. Abgänge von Lega-Abgeordneten in Richtung Forza Italia gab es bereits zur Zeit der Regierung Berlusconi. Der durch die Aufkündigung des Bündnisses zwischen Lega, Forza Italia und Alleanza Nazionale durch Bossi unvermeidlich gewordene Rücktritt der Berlusconi-Regierung führte zu weiteren Abspaltungen. Auf dem Kongreß vom 10./11. Februar konnte Bossi durch ein taktisches Rücktrittsangebot den Großteil der Seinen zwar hinter sich bringen, verlor aber mit dem ehemaligen Innenminister *Roberto Maroni* den bislang zweiten Mann der Bewegung.

Die Lega hatte zwar bei den Märzahlen 1994 (vgl. HK, Mai 1994, 221) nach dem Verhältniswahlrecht nur 8,3 Prozent der Stimmen erhalten. Weil sie im Bündnis mit Berlusconi zahlreiche Direktkandidaten durchbrachte, war sie jedoch zeitweise stärkste Fraktion. Inzwischen hat sie rund ein Drittel ihrer Parlamentarier verloren und ist in Umfragen auf den Status einer Splitterpartei von drei bis vier Prozent zurückgefallen. Der Lega fehlte es nicht an interessanten Persönlichkeiten, aber sie ist über den Status einer von Bossi autoritär geführten „Bewegung“ nie hinausgekommen.

Das zweite Opfer der neuen Serie von Transformationen: der PPI, die aus der DC hervorgegangene Volkspartei. Mit rund zwölf Prozent der Stimmen bei den Märzahlen 1994 konnte sie nur noch ungefähr ein Drittel der traditionellen Wählerschaft der DC auf sich vereinen. Verloren war die alte Größe, verblieben sind ihr die stets uneinigen zwei Seelen aus der Brust der Stamm-partei: das bürgerlich-national-konservative und das christlich-soziale Element. Aber das Verhältnis der beiden zueinander hat sich umgekehrt, seitdem der der *Comunione e Liberazione* nahestehende und von Johannes Paul II. besonders geschätzte Philosophieprofessor *Rocco Buttiglione* an der Spitze der Partei steht. Früher, praktisch seit De Gasperi und besonders unter dem Einfluß Aldo Moros, stand die Führungsschicht der Partei meist ein paar Schritte weiter links als ihre katholisch-bürgerliche Wählermehrheit. Unter Buttiglione ist die Führung nach rechts gerückt, die verbliebene Stammwählerschaft dagegen steht, wie Umfragen bestätigen, u. a. eine von der auflagenstarken katholischen Illustrierten „*Famiglia cristiana*“ (vgl. *Corriere della Sera*, 15. 2. 95), eher dem christlich-sozialen Milieu näher.

Faktisch zum Bruch kam es auf der Tagung des Nationalrats der „*Popolari*“ am 9./10. Februar. Unmittelbar ausgelöst wurde der neue Spaltungsprozeß durch die Kandidatur von *Romano Prodi* für das Amt des Ministerpräsidenten einer möglichen künftigen Mit-

te-Links-Formation, die von führenden Männern christlich sozialer Prägung aktiv mitbetrieben worden war. Verursacht wurden die neuen Spannungen aber bereits Wochen vorher durch das von Buttiglione ziemlich selbstherrlich in die Wege geleitete Bündnis mit Berlusconi (unter faktischem Einschluß der „*Allianza Nazionale*.“

Faktisch dürften der Rechtsschwank Buttigliones und die Kandidatur Prodis das *Ende der Popolari-Partei*, damit das endgültige Ende der ohnehin schon bislang nur noch in Resten vorhandenen, vom Vatikan und der gegenwärtigen Führung der Italienischen Bischofskonferenz aber so lange gegen alle Tatsachen eingeforderten „politischen Einheit der italienischen Katholiken“ sein. Eine DC-Minderheit, das sogenannte Christlich-Demokratische Zentrum (CCD) ging bereits bei den Märzahlen 1994 ein Bündnis mit *Forza Italia* ein, die Buttiglione-Partei folgt jetzt, der Rest, die „*sana pars*“ der alten Partei wird sich Prodi anschließen.

Der jetzige, über mehrere Stufen gelaufene Spaltungsprozeß hat nicht uninteressante *innerkirchliche Aspekte*. Es fällt auf, daß die meisten Anhänger neukonservativer Bewegungen von „*Comunione e Liberazione*“ bis zum *Opus Dei* auch politisch entschieden nach rechts neigen, während die christlich-soziale Mitte bislang noch bestehende Berührungängste mit der PDS, der Partei der ehemaligen Reformkommunisten, endgültig abzulegen beginnt.

Damit dürften sich die *politischen Spannungen* unter den Katholiken insgesamt weiter verschärfen. Die Hierarchie neigt mehrheitlich ebenfalls eindeutig stärker nach rechts. Dies gilt mit Sicherheit für die Führung der Bischofskonferenz unter Kardinal *Camillo Ruini*. Sie wird sich aber angesichts der Kandidatur Prodis einigermaßen schwer tun. Der Bologneser Wirtschaftsprofessor ist katholisches Urgestein, er weist öffentlich wie privat ein unangreifbares katholisches Persönlichkeitsprofil auf. Trotz aller Versprechungen Berlusconis (und Fi-

nis) zugunsten des Lebensschutzes und katholischer Privatschulen wirkt Prodi auch und gerade auf das kirchliche Milieu vertrauenserweckender als der in seinem Demokratieverständnis unsichere, das Hedonistenmilieu anziehende wirtschaftslibertäre Großunternehmer Berlusconi.

Berlusconi und Prodi – die Alternative ist da

Dies sagt allerdings überhaupt noch nichts aus über die politischen Chancen des Mitte-Links-Kandidaten. Der Start Prodis gelang besser als erwartet, jedenfalls in den Medien. Der neue Kandidat genießt hohes Ansehen als Wirtschaftsfachmann; er gilt von der alten DC her, der er nie angehörte, in keiner Weise als belastet. Als Sanierer des Staatskonzerns IRI, den er zweimal leitete, zuerst über längere Zeit in den achtziger Jahren, dann noch einmal kurz unter der Regierung Ciampi (1993/94), erwarb sich Prodi, der Ende der siebziger Jahre einmal für kurze Zeit Industrieminister war, beachtliche Meriten. Prodi gilt durchwegs als ein ernstzunehmender Kandidat. Er selbst sieht sich als eine Art italienischer Delors. Er wolle die Linke „enteisen“, sagte er in einem Interview mit „*Le Monde*“ (8.2.95), wie Berlusconi die Rechte enteist habe.

Einstweilen erscheint er allerdings noch als General ohne Truppe, der Hälfte der Bevölkerung so gut wie unbekannt. Seine Kandidatur wurde von Links über eine breite Mitte bis in ausgeprägt konservative Gruppierungen begrüßt, aber noch hat sich keine politische Formation formell für ihn entschieden. Dies muß allerdings kein Nachteil sein, da zum Beispiel der einzigen im Mitte-Links-Spektrum verbliebenen Großpartei, dem PDS, kaum etwas anderes übrigbleibt, als die Kandidatur Prodis zu unterstützen, wenn er überhaupt je mit an die Macht kommen will.

Noch sind Berlusconi und Prodi *sehr ungleiche Größen*. Ein Prodi persönlich nahestehender Kabarettist meinte

nach Bekanntwerden von dessen Kandidatur, ohne Prodi hätte das Mitte-Links-Spektrum bei den nächsten Wahlen fünf Prozent Chance, mit Prodi zehn Prozent. Berlusconi ist neben seiner Unternehmerrolle als Chef des Medienkonzerns Fininvest populär geworden auch als Eigner-Präsident des in den letzten Jahren erfolgreichsten italienischen Fußballklubs, des AC Milan. Der umgängliche Prodi hat als Radamateur und Liebhaber von Mountain Bikes einen Namen. „Pallone contra bici“ – Fußball gegen Fahrrad, das ergibt im sportbegeisterten Italien nochmals ungleiche Wettbe-

werber. Fahrradfahrer Prodi wird länger brauchen, um ans Ziel zu kommen. Im Februar ist er erst einmal zu einer Autobusrundreise in hundert Städte quer durch Italien aufgebrochen, um sich bekannt zu machen. Immerhin: Die personelle Alternative von Mitte-Links ist jetzt da. Die große Lücke der letzten Wahl ist durch Prodi gefüllt. Wie sich die Gewichte verteilen, und ob es unter italienischen Bedingungen mit oder ohne nochmalige Änderung des Wahlrechts überhaupt zu einer konsistenten Neuformation der politischen Kräfte kommt, bleibt abzuwarten. A. D.

Serbien: Die orthodoxe Kirche im Bosnienkonflikt

Für ausländische Beobachter bleibt es weiterhin schwer einzuschätzen, welche Rolle die serbisch-orthodoxe Kirche im Bosnienkonflikt spielt. Gerade die Jahreswende war erneut geprägt von schwerwiegenden Spannungen zwischen den katholischen Bischöfen in Bosnien und Kroatien und Vertretern der serbisch-orthodoxen Kirche. Auch ÖRK und KEK ringen um den „richtigen“ Umgang mit ihrer serbischen Mitgliedskirche.

Erneut hat Anfang Februar das Oberhaupt der serbisch-orthodoxen Kirche, der Patriarch *Pavle*, seine grundsätzliche Bereitschaft zu einem Treffen mit dem Papst bekundet, würde ein solches den Frieden in Bosnien auch nur einen Zentimeter näher bringen. Zugleich wies er jedoch einschränkend darauf hin, daß die Entscheidung über ein solches Treffen nicht bei ihm, sondern der Bischofskonferenz seiner Kirche liege und überdies auch mit den Patriarchen der orthodoxen Schwesterkirchen zu besprechen wäre.

Bereits im vergangenen Jahr, im Vorfeld der Kroatienreise des Papstes (vgl. HK, Oktober 1994, 496 f.), hatte *Pavle* von der Möglichkeit eines solchen Treffens gesprochen. Eine Einladung der serbisch-orthodoxen Bischofskonferenz nach Belgrad jedoch – der Vatikan hatte aus ökumenischen Rücksichten deren Einverständnis zur

Bedingung der Papstvisite gemacht – erfolgte nicht, von serbischer Seite hielt man die Zeit für „noch nicht reif“. So kam der Papst 1994 weder nach Belgrad noch nach Sarajevo, letzteres vor allem wegen eines zu hohen Sicherheitsrisikos.

„Angstschrei“ des serbischen Volkes nach Gerechtigkeit?

Indessen bleibt das Verhältnis zwischen den katholischen Bischöfen Bosniens und Kroatiens und denen der serbisch-orthodoxen Kirche äußerst gespannt. Als „einseitig“ und „egoistisch“ hatte der Heilige Synod, das oberste Leitungsgremium der serbischen Orthodoxie, in einer Erklärung den zwei Wochen vor Weihnachten veröffentlichten Friedensappell des Zagreber Erzbischofs, Kardinal *Franjo*

Kuharić, und des Erzbischofs von Sarajevo, Kardinal *Vinko Puljić* verurteilt. Die serbischen Bischöfe warfen beiden vor, sie befleißigten sich der Kriegspropaganda, schilderten nur die Leiden der kroatisch-katholischen und bosnisch-muslimischen Bevölkerung. Kern des Problems aber sei die Angst der Serben vor einem „furchtbaren Genozid“ unter den unabhängigen Regierungen in Kroatien und Bosnien. Unchristlich sei es, ein Volk als Aggressor zu bezeichnen, das seit Jahrhunderten auf eigenem Boden lebe und sich verteidige. Die Serben seien heute mit ähnlichen Feindseligkeiten konfrontiert wie zu Zeiten des Zweiten Weltkrieges.

Kuharić und *Puljić* hatten vor allem scharfe Kritik am unentschlossenen Verhalten der Staatengemeinschaft und der internationalen Organisationen bei der Durchsetzung der UN-Sicherheitszonen geübt und eine trostlose Bilanz der bisherigen Friedensbemühungen gezogen. Weiter hatten die Kardinäle gefordert, in den serbisch besetzten Gebieten Bosniens, das internationale Recht wieder herzustellen; zugleich warnten sie vor einem Abzug der Blauhelme.

Wenige Wochen zuvor hatte der Heilige Synod in Belgrad die NATO-Angriffe in der serbisch kontrollierten Krajina als ungerecht kritisiert. Weder der Macht der NATO noch anderen internationalen militärischen Institutionen werde es aber gelingen, „den Angstschrei dieses Volkes nach Gerechtigkeit zu vernichten“. Die vom Ausland oftmals als blauäugig kritisierte Vermittlungsmission des ehemaligen US-Präsidenten *Jimmy Carter* in Bosnien fand dagegen volle Unterstützung bei den serbisch-orthodoxen Bischöfen; *Carter* sei bereit gewesen, ohne die Vorurteile, die gemeinhin im Westen gegenüber den Serben bestünden, alle Seiten und alle Argumente zu hören.

Befremden hatte Anfang November 1994 eine Erklärung der serbisch-orthodoxen Bischofskonferenz ausgelöst, die sich – des Einreiseverbotes für die bosnischen Bischöfe nach Rest-